



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

es war wieder einmal eine sehr intensive Sitzungswoche des Deutschen Bundestages. Auf der Plenartagesordnung stand nicht nur die abschließende Beratung des 4. Bevölkerungsschutzgesetzes mit der bundeseinheitlichen Notbremse (mehr dazu auf der nächsten Seite), sondern auch mehrere Bundeswehrmandate sowie eine umfassende Orientierungsdebatte zur Sterbehilfe. Meine Position zu dieser schwierigen Fragestellung habe ich in der letzten Ausgabe meines „Schulterblicks“ erläutert.

In den Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen ging es u. a. um die Themenfelder Einsamkeit, Hebammenversorgung und Geburtshilfe, freiwilliges Engagement sowie Kinder- und Jugendhilfe. Um den Rahmen dieses Newsletters nicht zu sprengen, werde ich auf den kommenden Seiten nur auf eine kleine Auswahl der Themen eingehen können. Sollten Sie aber Interesse an einzelnen Schwerpunkten meiner Arbeit haben, stehe ich Ihnen mit meinem Team in Berlin, Gifhorn und Peine sehr gerne zur Verfügung. Zögern Sie nicht, uns anzusprechen.

Die breit gefächerte inhaltliche Arbeit war durch die entscheidende Personaldebatte zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU überschattet. Ich begrüße es sehr, dass das — viel zu lange — Ringen um die Kanzlerkandidatur der Union nun beendet ist. Die CDU-Mitglieder im Wahlkreis haben in dieser Woche ein Schreiben von mir erhalten, in dem ich meine Position ausführlicher dargestellt habe. Daher hier nur in Kürze: Wir brauchen dringend ein klares Verfahren, wie wir in Zukunft auf breiter Basis einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten für die Union bestimmen. Ich kann den Unmut, der sich in den letzten Tagen entladen hat, sehr gut verstehen. Wir müssen auch als CDU unsere Lehren daraus ziehen und künftig dafür Sorge tragen, dass Meinungsbilder aller Mitglieder verlässlich in die Parteiarbeit integriert werden.

Freundliche Grüße
Ihre und Eure

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Angelika', followed by a stylized flourish.



Bericht aus Berlin

Die dritte Welle brechen

Mit dem 4. Bevölkerungsschutzgesetz sollen die aktuelle dritte Welle der Pandemie gebrochen und damit Leben und Gesundheit vieler Menschen geschützt werden. Die Ausbreitung des Corona-Virus und vor allem der Virusvariante B.1.1.7 hat sich zu einer sehr dynamischen Pandemie entwickelt, die bundeseinheitliche Regelungen und Maßnahmen zwingend notwendig macht. So kann unser Staat seiner Schutzpflicht für Leben und Gesundheit nachkommen — dem fühlen wir als Union uns besonders verpflichtet. Zugleich stellen wir damit die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems als überragend wichtigem Gemeingut und damit die bestmögliche Krankenversorgung weiterhin sicher. Ferner schaffen wir Klarheit und Rechtssicherheit.

Ab einer Inzidenz von 165 gilt in Schulen verpflichtender Distanzunterricht, Präsenzunterricht darf nur mit Schutz- und Hygienekonzepten erfolgen. Für den Einzelhandel gilt, dass „Click & collect“ inzidenzunabhängig möglich bleibt. „Click & meet“ ist mit einem negativen Corona-Test-Nachweis bis zu einer Inzidenz von 150 erlaubt.

Dieses Maßnahmenpaket stärkt uns im Kampf gegen die Pandemie.

Rechtsanspruch auf schnelles Internet kommt

Mit dem Telekommunikationsmodernisierungsgesetz schaffen wir erstmals einen klaren gesetzlichen Auftrag für den Mobilfunkausbau. Die Bundesnetzagentur erhält das Ziel, entlang aller Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen und Kreisstraßen und entlang aller Schienenstrecken möglichst bis zum Jahr 2026 mindestens 4G zu gewährleisten und das durchgehend und unterbrechungsfrei für alle Mobilfunkkunden. Damit legen wir gleichzeitig die Basis für einen flächendeckenden 5G-Ausbau.

Wichtige Neuerungen betreffen den Verbraucherschutz: Neue Festnetz- und Mobilfunkverträge können weiterhin eine 24monatige Vertragslaufzeit enthalten. Danach sehen wir aber nun auch eine Regelung zur Kündigung zum Ende jedes Monats vor (d. h. eine monatliche Beendigungsmöglichkeit des Vertrages). Daneben bleibt es bei Telekommunikationsverträgen bei der aktuell schon geltenden Regelung, dass die Anbieter auch 1-Jahres-Verträge anbieten müssen.

Mit dem Rechtsanspruch auf schnelles Internet wird erstmals eine Grundversorgung verpflichtend festgelegt. Wir haben neben der Mindestbandbreite zwingend festzulegende technische Kriterien wie die „Uploadrate“ ergänzt. Nur so kann sichergestellt werden, dass über diese Grundversorgungsanschlüsse auch stabil und ruckelfrei beispielsweise Homeschooling und Homeoffice mit Verschlüsselung realisierbar sind.



Bericht aus Berlin

Mehr Planungssicherheit für Obst- und Gemüsebauer

Um unsere Bevölkerung mit frischen Lebensmitteln versorgen zu können, ist die deutsche Landwirtschaft auf die Unterstützung durch Saisonarbeitskräfte angewiesen. Um dies abzusichern, haben wir uns als Union erfolgreich dafür eingesetzt, die kurzfristige Beschäftigung auf 102 Tage (sonst 70 Tage) auszudehnen. Somit gilt vom 1. März 2021 bis einschließlich 31. Oktober 2021 die Sozialversicherungsfreiheit für kurzzeitig Beschäftigte. So werden insbesondere Obst- und Gemüsebaubetriebe entlastet und bekommen Planungssicherheit.



Mit dem Ziel, den Krankenversicherungsschutz der Saisonarbeitskräfte zu verbessern, wird für die kurzfristig Beschäftigten eine Meldepflicht des Arbeitsgebers zur Art der krankenversicherungsrechtlichen Absicherung des Arbeitnehmers eingeführt.

Freiwilliges Engagement bleibt auf hohem Niveau

Im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement beschäftigten wir uns in der vergangenen Sitzung mit den zentralen Erkenntnissen des 5. Deutschen Freiwilligensurvey. Erfreulich ist, dass rund 40 Prozent der repräsentativ Befragten sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft einbringen. Diese Zahl ist seit der letzten Befragung im Jahr 2014 (die aktuelle Befragung ist aus dem Jahr 2019) stabil geblieben. Zum ersten Mal gibt es keinen signifikanten Unterschied mehr im Engagement zwischen den Geschlechtern.



Was mich jedoch umtreibt, ist die auseinandergehende Schere beim Zugang zum Ehrenamt zwischen verschiedenen Bildungsabschlüssen. Während immer mehr Menschen mit einem hohen formellen Bildungsgrad bürgerschaftlich aktiv sind, ist der Zugang für Menschen mit einem niedrigen Bildungsabschluss offenbar erschwert — da sinken die Zahlen. Auch Menschen mit Migrationsgeschichte sind unter den Aktiven unterrepräsentiert. Da müssen wir ran.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz). In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir ein Gesetz, das ein breites Hilfsangebot für (Pflege-)Familien bereitstellt. Das Gesetz sieht eine bessere Kooperation zwischen allen wichtigen Akteuren im Kinder- und Jugendschutz vor: Das Gesundheitswesen wird stärker in die Verantwortungsgemeinschaft für einen wirksamen Kinderschutz einbezogen und eine Verbesserung der Kooperation zwischen Ärztinnen bzw. Ärzten sowie Angehörigen anderer Heilberufe und dem Jugendamt wird angestrebt; das Zusammenwirken von Jugendamt und Jugendgericht, Familiengericht und Strafverfolgungsbehörden sowie anderen Beteiligten, wie etwa Lehrerinnen und Lehrern, im Kinderschutz soll optimiert werden. Darüber hinaus reformieren wir den Hilfeplan für Pflegefamilien. Der Anspruch auf Beratung und Förderung wird festgeschrieben. Auch den Kindern und Jugendlichen selbst kommt ein Beratungsanspruch gegenüber dem Jugendamt zu. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollen durch einen Stufenplan wirksamer in ihrer Eingliederung unterstützt werden. Mit dieser umfassenden Reform schaffen wir ein wirksames Hilfesystem, das die Familie stärkt und Kinder vor Gefährdungen schützt. Das Kindeswohl ist dabei Richtschnur. Die Unterstützung und Stärkung der elterlichen Erziehungsverantwortung bleiben Anspruch und Auftrag der Jugendhilfe.

Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen 2021. Wir diskutierten den Bericht der Bundesregierung, der die Frage untersucht, inwiefern Menschen mit Beeinträchtigungen gut am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und wo sie Beschränkungen ihrer Teilhabechancen erfahren. An positiven Aspekten stellt der Bericht beispielhaft heraus, dass die Arbeitslosenquote von Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung von 2015 bis 2019 kontinuierlich gesunken ist, viele Verbesserungen im öffentlichen Personenverkehr erzielt wurden und eine steigende Wahlbeteiligung von Menschen mit Behinderungen zu verzeichnen ist (Bundestagswahl 2013: 78,2 Prozent; Bundestagswahl 2017: 84,6 Prozent).

Einen Überblick über die rund 38 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).

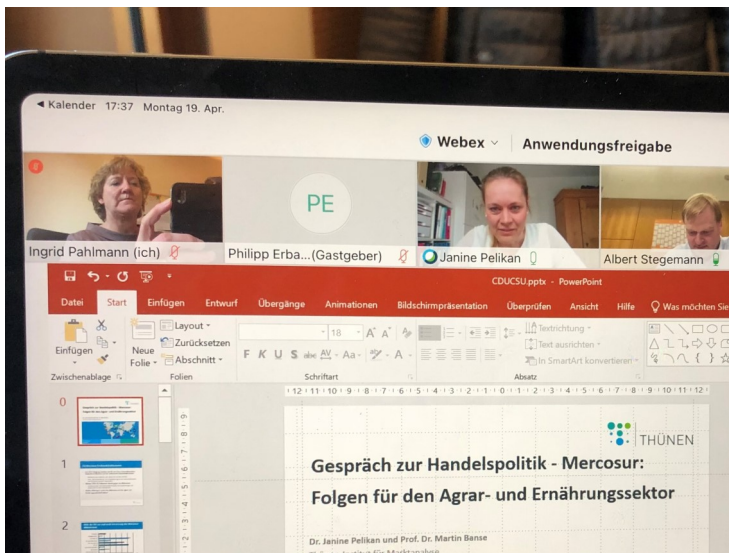
Terminhinweis

Am Freitag, dem 30. April 2021, von 12.00 bis 13.30 Uhr, veranstaltet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein **digitales Fachgespräch** „Einfacher – schneller – bürgerfreundlicher: Effizientes Verwaltungshandeln für einen modernen und leistungsfähigen Staat“. Bei Interesse melden Sie sich vorab in meinem Wahlkreisbüro in Gifhorn oder Peine (Kontaktdata auf S. 6).



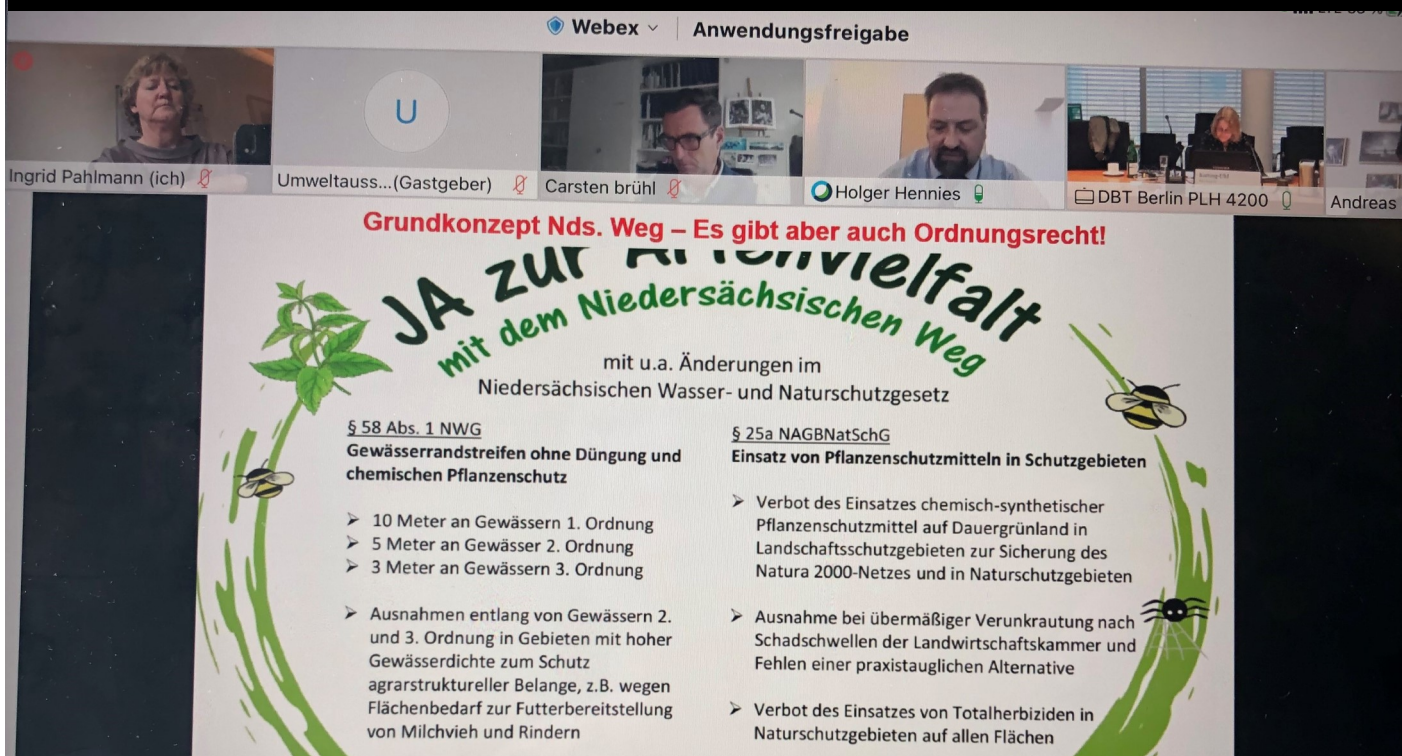
Bericht aus Berlin

Impressionen



Mit dem Thünen-Institut diskutierten wir mögliche Auswirkungen des EU-MERCOSUR-Abkommens.

Digitaler Austausch über die Situation von Familien, Kindern und Jugendlichen.



Landvolk-Präsident Holger Hennies warb bei einer öffentlichen Anhörung im Bundestag für den „niedersächsischen Weg“. Da hat er meine volle Unterstützung!



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-5: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

Kopfzeile S. 6: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Bilder privat oder Pixabay.